

SGA-BULLETTIN

1/99

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

März 1999



«Fall» Meyer-Steigmeier:

Gerne hätte das Bulletin seine LeserInnen über die Gründe der plötzlichen Freistellung der Chefin des KAFA (Kantonales Amt für Ausländerfragen), Esther Meyer-Steigmeier, informiert. Umso mehr als sich solches in der Direktion Uster ereignet hat. «No comment», tönte es jedoch aus aller, selbst freundschaftlicher Munde...



«Jesses!!» hörten wir mehr als einmal an unserem Spitalreferendum-Aktionstag, als wir uns vergebens bemühten, die täuschend echte Plastik-Patientin in der Allgemeinabteilung eines zukünftigen Zuger Spitals unterzubringen. Wenns nach der Meinung des Metalli-Publikums gegangen wäre, hätten wir die Abstimmung gewonnen. Gehen diese Leute nicht abstimmen oder fanden sie uns zu herzig, als dass sie uns die Wahrheit zugemutet hätten? Der Konjunktive sind viele und der Polit-Clownereien auch: Für den Fall einer Referendumsabstimmung Mutterschaftsversicherung werden «Männer in freudiger Erwartung» für eine Standaktion gesucht. Bitte bei der «aspirierenden Anästhesistin» (c/o G. Hürlimann, auf dem Bild ganz in weiss) für die nötige Ausrüstung melden!

Bild: Brigitte Landolt



Statt Sonntagszeitung und Sonntagsblick: ab auf die SGA Homepage! Jeden Sonntag neu: IGOR, die philosophische Ratte des besten Cartoon-Teams der Schweiz. Und dann gleich noch nachschauen, was sonst noch links der Lorze gelaufen ist. www.sga-zug.ch

Inhaltsverzeichnis

Interview	
«Kein Grund für eine Entschuldigung»	Seite 4
Landis & Siemens	
Wie Kapitalströme eine Region verändern	Seite 8
Referendum Planungs und Baugesetz	
Noch mehr Zersiedelung?	Seite 10
Playoff	
Kein «BuraHe»!	Seite 11
Filmkritik	
Alle vs. Chan	Seite 13
Waldheim folgt!	Seite 14
Kantonsrat	
Erste Erfahrungen	Seite 18
Heilpraktikerinnen im Kanton Zug	
Erlaubt wäre eigentlich nichts	Seite 20
Buchbesprechung	
Der Stapel neben meinem Bett	Seite 22
Frontal	Seite 23

Impressum

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

SGA-Bulletin Nr. 1/99, März 1999; erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin

Adresse: SGA-Bulletin, c/o Martin Stuber, Bleichmattweg 5, 6300 Zug; Telefon: 711 86 33, E-Mail mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss

Layout: Markus Müller

Belichtung/Druck: ropress Zürich

Auflage: 1150

Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-

Redaktionsschluss Nr. 2/99: Fr., 11. Juni 1999, Erscheinungsdatum: Donnerstag, 24. Juni 1999

Jahrhundert-Winter

Der Winter hat in den Alpen Lawinen und Schnee in Hülle und Fülle gebracht. Bevor er vorbei ist, spricht man bereits von einem Jahrhundert-Winter. Was Greenpeace höchstens für wenige Stunden schafft, hat die bedrohliche Schnee- und Lawinensituation möglich gemacht. Die Gotthardautobahn und viele andere Strassen wurden für Tage lahm gelegt. Jeglicher Strassenverkehr auf der wichtigsten Nord-Süd-Verbindung wurde während einer Woche verunmöglicht. Der Kanton Uri hätte das geniessen können, wären da nicht die Lawinen gewesen. Nach einer Woche geschlossener Autobahn allerdings musste sich die Urner Regierung Vorwürfe gefallen lassen, sie schliesse die Autobahn aus politischen Gründen länger als nötig. Die Wirtschaft des Landes werde beeinträchtigt, die Lawinensituation könne ja nicht so schlimm sein, dass man die Autobahn eine ganze Woche schliesse. Diese Reaktion seitens der Wirtschaft erstaunt mich nicht mehr. Heutzutage wird alles, was der Wirtschaft nicht förderlich ist, was den Gewinn oder die Bilanz nicht verbessert, als wirtschaftsfeindlich verschrien. Dass gewisse Personen oder Parteien nur das Wohl der Arbeiter im Kopf haben, mag ja noch angehen, aber dass sich jetzt auch noch die Naturgewalten gegen die Wirtschaft verschworen haben und uns ihre Gesetze aufzwingen, ist schon ein dicker Hund. Hoffen wir, dass dem Jahrhundert-Winter keine Jahrhundert-



Überschwemmung folgt, natürlich vor allem aus Angst um die negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Eine Überschwemmung der ganz anderen Art bescherte uns die Zuger Presse nach den Wahlen der neuen Bundesrätin und des neuen Bundesrates. Der Zuger Peter Hess, der Bundesrat hätte werden sollen, aber Nationalrat geblieben ist, füllte die Zeitung am Tag nach den Wahlen. Gemäss Ankündigung der ZP sollte uns auch noch drei Tage später viel Hess beschert werden. Dazu ist es aber dann doch nicht gekommen. Wahrscheinlich bin ich nicht die einzige, die sich gewundert hat, dass man den Nicht-Gewählten gefeiert hat wie einen Bundesrat. Als Ausgleich präsentiert Ihnen das Bulletin ein Interview mit Armin Jans, einem Ratskollegen. Im Gegensatz zu Peter Hess hat Armin Jans keine Verwaltungsratsmandate inne. Lesen Sie, was er uns zu sagen hat bezüglich Bundesrats-Wahlen und Bundesrats-nicht-Wahlen, zur Rolle der SP im Parlament, dem kommenden Wahlherbst, seinen persönlichen Erfolgen und anderem. Das Altersheim Waldheim hat ei-

nen friedlichen Namen. Ich stelle mir einen ruhigen, gemütlichen Ort vor, vielleicht am Waldesrand mit bequemen Wegen, um die erwachende Natur zu geniessen. Vor dem Gebäude stehen Tischchen mit Stühlen, die zum Verweilen einladen. Den LeserInnenbriefen zu entnehmen trägt die Idylle, die sich in meinen Vorstellungen abspielt. Geht es Ihnen auch so, dass sie langsam aber sicher von offizieller Seite gerne wissen würden, was eigentlich im Altersheim geschehen ist oder noch geschieht? Für Martin Stuber ist das Waldheim schon seit ein paar Jahren ein wichtiges Thema. Mit seinen zahlreichen Vorstössen im GGR und den konkreten Fragen an den Stadtrat hat er wesentlich dazu beigetragen, dass den Vorgängen in diesem Altersheim Aufmerksamkeit geschenkt wird und dem Heimleiterehepaar gekündigt wurde. Seine Sicht zu den Vorgängen können Sie ebenfalls in dieser Ausgabe lesen. Wissen Sie, was Learning landscape ist? Wenn Sie Lust auf ein Quiz haben, dann dürfen Sie den Artikel von Ruedi Amrein nicht verpassen. In seinem Text «Wie Kapitalströme eine Region ändern» untersucht er die Veränderungen rund um die heutige Siemens. Dabei misst er auch der Sprachwandlung einen grossen Stellenwert zu und fragt sich und Sie, was z.B. Learning landscape ist. Die Lösungen können wir Ihnen allerdings nicht präsentieren.

■ Natalie Chiodi

«Kein Grund für eine Entschuldigung!»

Armin Jans ist seit Dezember 95 einer von drei Zuger Nationalräten. Jahrgang 1949, in Zug geboren und aufgewachsen, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Zürcher Hochschule Winterthur, seit 20 Jahren Präsident des Zuger Mieterverbandes, Mitglied des nationalen Vorstandes des Mieterverbandes und der kantonalen Geschäftsleitung der SP. Keine Verwaltungsratsmandate. Im folgenden Gespräch ziehen wir eine Bilanz nach gut 3 Jahren Nationalrat.

Das Interview führte Martin Stuber am 13. März 1999

Bulletin: Du kommst «frisch» von den Bundesratswahlen zurück. Der in den beiden Zuger Blättern hochgejubelte Peter Hess ist wider Erwarten nicht Bundesrat geworden, die Verantwortung dafür schieben bürgerliche Politiker jetzt Dir in die Schuhe. Wie gross ist Dein Schuldbewusstsein?

Armin Jans: Ich sehe absolut keinen Grund für eine Entschuldigung! Eine Bundesratswahl ist eine wegweisende Entscheidung. Da darf die Frage, wie weit weg von mir ein Kandidat wohnt, keine Rolle spielen.

Bulletin: Konkret: wieso hast Du Hess nicht gewählt?

Armin Jans: Ich habe einen CVP-Bundesratskandidaten gewollt, der meinen politischen Auffassungen möglichst nahe steht. Joseph Deiss ist mir mit seinen sozialpolitischen Auffassungen deutlich näher als Peter Hess. Zweites Beispiel: Im Rahmen der Sanierung der Bundesfinanzen zeigte Peter Hess überhaupt keinen Willen, bestehende Steuer-schlupflöcher zu schliessen.

Bulletin: Joseph Deiss hat sich allerdings bei der Transplantationsmedizin vehement für die Interessen der Pharmaindustrie eingesetzt, weshalb er bei einigen Grünen praktisch als nicht wählbar galt. Du hast ja zuerst auch Jean-François Roth unterstützt?

Armin Jans: Ja. Zu Deiss: Seine Intervention bei der Transplantationsmedizin habe ich auch als verfehlt empfunden. Sie war aber erfolglos...

Imponiert hat mir dagegen, mit welcher Kompetenz und Beharrlichkeit er die Kommission für die Totalrevision der Bundesverfassung geführt hat.

Nicht unterschätzt werden sollten die Sprachkenntnisse. Joseph Deiss ist nicht nur perfekt bilingue, son-



"Eines der wichtigsten politischen Ereignisse als Nationalrat war für mich die parlamentarische Verabschiedung der Mutterschaftsversicherung."

Bilder Stuber/Wyittenbach

dern hat auch solide Englischkenntnisse. Mit zunehmender internationaler Verflechtung ist das eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit als Regierungsmitglied.

Bulletin: Ruth Metzler ist die erste «virtuelle» Bundesrätin. Ohne das starke Pushen durch die Medien hät-

te sie kaum eine Chance gehabt. Kann in Zukunft jede Stadträtin einer mittelgrossen Schweizer Stadt Bundesrätin werden (der Halbkanton Innerrhoden zählt 19'000 Einw.)?

Armin Jans: Das glaube ich nicht. Die Konkurrenz unter den Frauen wird klar zunehmen, je mehr politische Positionen von Frauen besetzt werden.

Die Wahl wurde durch zwei Faktoren entschieden: Erstens hat sich Ruth Metzler klar rechts von Rita Roos als Frau der Wirtschaft positioniert. Nur so kann ich mir erklären, dass der SVP-Rechtsausen Ulrich Giezendanner sich mit grossem Engagement für sie eingesetzt hat. Die geschlossene Unterstützung durch das Rechtsausen-Spektrum war matchentscheidend, umso mehr, als in diesen Kreisen lange Zeit beide Frauen als nicht wählbar galten. Eine einzige Stimmenthaltung, z.B. bei der Autopartei, hätte schon gereicht, und Roos wäre jetzt Bundesrätin! Zweitens hat der Faktor Jugend gespielt. Bei einigen Unentschiedenen dürfte die jugendliche Ausstrahlung den Ausschlag gegeben haben.

Bulletin: Auch innerhalb der SP?

Armin Jans: Nein.

Bulletin: Was waren für Dich die wichtigsten politischen Ereignisse in den letzten vier Jahren?

Armin Jans: Der Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU, in deren Schlepptau die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe und

INTERVIEW

die NEAT über die Bühne gegangen sind.

- Die Rolle der Schweiz im zweiten Weltkrieg und die Idee der Solidaritätsstiftung.

- Die parlamentarische Verabschiedung der Mutterschaftsversicherung.

- Die Totalrevision der Bundesverfassung.

Bulletin: In welchem Sinn war für Dich die Diskussion über die Rolle der Schweiz wichtig?

Armin Jans: Mein Hauptanliegen ist es, dass wir daraus unsere Lehren für die Zukunft ziehen. Die Solidaritätsstiftung ist ein wichtiger Ansatz. Unsere Asyl- und Ausländerpolitik muss so gestaltet werden, dass wir auch in zwanzig Jahren noch mit gutem Gewissen in den Spiegel schauen können.

Bulletin: Können wir das heute?

Armin Jans: Wir sind an der Grenze angelangt. Anstelle weiterer Verschärfung der Asylgesetzgebung sind jetzt Integrationsmassnahmen vordringlich. So muss z.B. die erleichterte Einbürgerung für junge AusländerInnen rasch verwirklicht werden.

Bulletin: Der Bundesrat macht nicht den Eindruck, dieses Land in das nächste Jahrtausend führen zu können. Mit den beiden neuen BundesrätInnen dürfte sich da nicht viel ändern. Wäre eine SP in der Opposition nicht wirkungsvoller?

Armin Jans: Nein. Die SP hat - um nur ein Beispiel zu nennen - bei der Sanierung der Bundesfinanzen eine wichtige Rolle gespielt und Sozialabbau weitgehend verhindert. Als Oppositionspartei hätte sie keinen Einfluss gehabt, die Sanierung wäre zweifellos bedeutend weniger sozialverträglich ausgefallen.

Bulletin: Dann hätte sie aber vor dem



"Ich habe einen CVP-Bundesratskandidaten gewollt der meinen politischen Auffassungen möglichst nahe steht."

Bilder Martin Stuber / Arlene Wyttenbach

Volk vermutlich keine Chance gehabt.

Armin Jans: Das bezweifle ich, weil viele Leute erwarten, dass der Bund seine Finanzen endlich in den Griff bekommt. Mit einem Referendum kann man grundsätzlich nur bremsen und verhindern, aber nichts Neues gestalten.

Bulletin: Die institutionelle Kompromisspolitik kann aber gefährliche Fallen basteln. Z.B. versucht SP-Bundesrat Leuenberger, uns ein Abkommen mit der EU zu verkaufen, dass v.a. in der Verkehrspolitik verheerende Folgen haben wird, wenn die flankierenden Massnahmen nach bürgerlichem Gusto ausfallen. Steht

dann die SP auch zu Ihrem Nein zu den bilateralen Abkommen, wenn die flankierenden Massnahmen nicht befriedigen?

Armin Jans: Momentan setzen wir alle Hebel in Bewegung, damit griffige flankierende Massnahmen realisiert werden. Dies beim Landverkehr wie auch beim Personenverkehr. Wenn dies wider Erwarten nicht klappen würde, käme die SP in eine echte Zwickmühle. Denn als europafreundliche Partei müsste sie sich für die bilateralen Abkommen einsetzen. Erst wenn die flankierenden Massnahmen definitiv feststehen, wird die Meinungsbildung in der SP erfolgen können.

INTERVIEW

Bulletin: Dieser Fragenkomplex werden wir in einem der nächsten Bulletins ausführlicher diskutieren. Welches waren «Deine» Themen in Bern? Erfolge, Misserfolge?

Armin Jans: Wirtschaftsfragen, Beschäftigungspolitik, Nationalbankpolitik, Steuerfragen, KMU-Förderung, Berufsbildung, Fachhochschulen und die Bundesfinanzen.

Zu Beginn der Legislaturperiode legt der Bundesrat dem Parlament ein Tätigkeitsprogramm vor: das sogenannte Regierungsprogramm. Dies wird vom Parlament diskutiert und mit Motionen und Postulaten ergänzt. Dort gelang es mir, die Revision des Berufsbildungsgesetzes und die Schliessung von Steuerrücken einzubringen. Letzteres führte zum bekannten Expertenbericht Benisch, der konkrete Vorschläge zur Besteuerung von Kapitalgewinnen und zur Schliessung von Schlupflöchern bei den Schuldzinsen und den Pensionskassen machte.

Bulletin: Wie stehst Du zur um Verkehrs-Initiative - eine der bestechenden Ideen, welche die Schweiz zukunftsfähig machen könnte. Mindestens der Eindruck aus den Presseartikeln lässt aber auf einen eher flauen Auftritt der SP schliessen auch die Abstimmungsergebnisse waren enttäuschend. Stimmt dieser Eindruck?

Armin Jans: Ja. In der Fraktion waren wir geteilter Meinung. Persönlich hätte ich den Gegenvorschlag vorgezogen, der auf eine Halbierung der Emissionen abzielte. Wir sind damit im Nationalrat aber unterlegen. Bei der Initiative habe ich mich der Stimme enthalten.

Bulletin: Schade. Immerhin unterstützt Ursula Koch diese Initiative engagiert. Nach den nächsten Wahlen wird sie in Bern im Nationalrat sitzen. Weht dann ein neuer Wind in der SP-Fraktion?

Armin Jans: Wohl kaum, denn Ursula Koch nimmt seit sie Präsidentin ist an allen Fraktionssitzungen mit beratender Stimme teil und macht so ihren Einfluss geltend.

Bulletin: Noch etwas Aktuelles: Dank der mehr als zweifelhaften Gesetzgebung im Fernmeldewesen soll die Schweiz nun noch mit einem zusätzlichen NATEL-Netz und den dazugehörigen Sendeanlagen überzogen werden. Nun regt sich Opposition, das Problem kann aber nur national gelöst werden. Das BUWAL macht aber zurzeit nicht den Eindruck, die wachsenden Bedenken ernst zu nehmen. Was meinst Du dazu?

Armin Jans: Am 15. März wird in der nationalrätlichen Fragestunde die von mir eingereichte Frage behandelt, ob die Kantone Baugesuche für Mobilfunkantennen bis zum Vorliegen von verbindlichen Grenzwerten sistieren sollen. Denn bis es neue Grenzwerte gibt, vergeht noch ein halbes Jahr. Mein Eindruck ist aber, dass Moritz Leuenberger diese Frage



"Erfahrungsgemäss benötigen Linksrüne, die Exekutivmandate anstreben, mehr als eine Wahl, um sich den Wählerinnen und Wählern bekannt zu machen.

Bilder Martin Stuber/Arlene Wytenbach

sehr ernst nimmt.

Bulletin: Und das BUWAL, das Leuenberger untersteht?

Armin Jans: Das BUWAL auch, aber es braucht politischen Druck, um die Grenzwerte für den Elektrosmog möglichst tief festzulegen.

Bulletin: Weg von Bern, nach Zug: Wie schätzt Du die Situation in Zug für den kommenden Wahlherbst ein? Wie stellst Du Dich zu einer gemeinsamen Liste von Linksrün?

Armin Jans: Die Chancen sind gut, den Sitz zu halten. Dafür müssen aber zwei Voraussetzungen gegeben sein: Geschlossenheit im linksrünen Lager - ich kann mir eine gemeinsame Liste von SP und Alternativen sehr gut vorstellen - und zugkräftige Kandidatinnen und Kandidaten. Auf die Liste gehört mindestens eine Frau.

Bulletin: Wie siehst Du das Problem des «Verheizens», nachdem Du als Bisheriger ja gesetzt bist und ein zweiter Sitz für Linksrün ein Wunschtraum ist?

Armin Jans: Ich würde eine voraussehbare Nichtwahl nicht mit Verheizen gleichsetzen, sondern in eine längerfristige Perspektive stellen. Erfahrungsgemäss benötigen Linksrüne, welche Exekutivmandate anstreben, mehr als eine Wahl, um sich den Wählerinnen und Wählern bekannt machen zu können.

Bulletin: Deine Tätigkeit findet bis weit in die linksrünen Reihen grosse Anerkennung, zu Recht, wie ich meine. Es herrscht aber der Eindruck, dass Du bald noch einer der wenigen in der Zuger SP bist, die etwas darstellen und Format haben. Wie kommt die Zuger SP aus ihrem derzeitigen Tief?

Armin Jans: Durch aktive politische Arbeit und Besetzung inhaltlicher

INTERVIEW

Themen, dort, wo der Schuh drückt. Dies führt automatisch dazu, dass sich einzelne Exponentinnen und Exponenten persönlich profilieren können. Ich gehe davon aus, dass das nach der personellen Neubesetzung der kantonalen Geschäftsleitung und des Vorstandes in der Sektion Zug in Gang kommen wird.

Bulletin: Die Informationsflut wird immer grösser und unübersichtlicher. Wie informierst Du Dich?

Armin Jans: Die beiden Zuger Zeitungen, Tagi und NZZ lese ich täglich. Selektiv, aber regelmässig schaue ich in den Le Monde diplomatie der WoZ. Durch den Dokumentationsdienst und die Parlamentsbibliothek kann ich mich gezielt themenorientiert informieren.

Bulletin: Welchen Stellenwert hat für Dich das Internet als Informationsmedium, sowohl aktiv als auch passiv?

Armin Jans: Das Internet nutze ich noch wenig. Das ändert sich jetzt aber, weil je länger je mehr Material auch des Bundes sehr schnell auf dem Internet verfügbar ist.

Bulletin: Gibt es noch kein www.jans.ch?

Armin Jans: Im Sommer wird es so weit sein.

Bulletin: Du hast als Dozent mit einem 70% Pensum und daneben dem Nationalratsmandat eine gehörige Belastung? Wieviel verdient ein Nationalrat überhaupt, könntest Du davon leben?

Armin Jans: Nach Abzug der Auslagen für Unterkunft, Verpflegung, Parteibeiträgen etc. verbleiben mir aus dem NR-Mandat 4000.- Franken pro Monat. Dazu kommen jährlich ein GA 1. Klasse und ein Beitrag für die 3. Säule als Pensionskassenersatz (das NR-Mandat kennt keine Pensionskasse) von 5700 Franken. ■

Armin Jans im Nationalrat 1995-1998

Kommissionen

- Wirtschaft und Abgaben (WAK)
- Legislaturplanung 1995-1999 und Stabilisierung der Bundesfinanzen 1998 (nicht ständige Kommissionen)

Kommissionsvorsitz

- Subkommission Risikokapital (Kommission für Wirtschaft und Abgaben)

Kommissionssprecher

- Innovationsförderung im Tourismus
- Volksinitiative Wohneigentum für alle



Fraktionssprecher

- Reform der Unternehmungsbesteuerung (April 1997)
- Revision des Nationalbankgesetzes (Okt. 1998)
- Koordinator der Fraktion für die Vorstösse zur UBS-Fusion

Vorstösse im Nationalrat

Parlamentarische Initiativen
Massenentlassungen. Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (19.3.1997)

Motionen

- Sprecher Kommissionssmotion Revision Berufsbildungsgesetz (Juni 1996)
- Kommissionspostulat gegen die Steuer-

hinterziehung (Juni 1996)

- Schaffung einer eidg. KMU-Bank; für die Fraktion, Fraktionssprecher (Dez. 1997)
- Gleiche Besteuerung von Kapitaleistungen und Renten bei der Altersvorsorge (März 1999)

Interpellationen

- Dringliche Interpellation zur KMU-Finanzierung, Fraktionssprecher (Sept. 1996)
- Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik (10.12.1997)
- Zwischenverdienst für Arbeitslose, Neuregelung (22.1.1998)

Einfache Anfragen

- Kapitalgewinnsteuer. Ertrag und administrativer Aufwand (20.6.1997)
- Stempelabgaben. Neue Ertragsausfälle? (25.6.1998)
- Steuerpflicht internationaler Sportorganisationen (23.9.1998)
- Steuerbefreiung beim Anlageinstrument GOAL (16.12.1998)

Fragen in der Fragestunde

- UBS. Restrukturierungskosten und steuerbare Gewinne (15.12.1997)
- Publikation des Expertenberichts Behnisch über Steuerlücken (Juni 1998)
- Steuerausfälle der UBS aufgrund ihrer LTCM-Verluste (30.9.1998)
- Mitgliedschaft der Schweizer Hochschulen im EU-Programm Socrates (März 1999)
- Bevolligungstopp für Mobilfunkantennen (März 1999)

Parteiaufgaben

- Kopräsidium Wirtschaftskommission (mit R. Strahm)
- Mitarbeit bei den Parteitagspapieren zu Wirtschaftsfragen vom Oktober 1998 und Mai 1999

Wie Kapitalströme die Region verändern

Landis & Gyr - kurz LG - war und ist in der Zuger Gesellschaft nicht nur ein Begriff, sondern eine Denkart, sozusagen eine Geisteshaltung. Wenn innerhalb des industriellen Komplex im Schleifenareal Änderungen anstehen - und dies sind in den verflossenen 10 Jahren beileibe nicht wenige gewesen! - wird in der Bevölkerung weiterhin von der LG gesprochen.

Ruedi Amrein ist SMUV-Präsident und seit 30 Jahren Buezer in der L&G

Dass der Name Landis & Gyr heute nur noch im sozialen und kulturellen Bereich, sprich Pensionskasse, Krankenkasse, Kulturstiftung, existiert, wird gesellschaftlich als Faktum wenig wahrgenommen, ja oft verdrängt. Das Kürzel LG hält sich hartnäckig, ist fast nicht wegzubringen und steht in der Region weiterhin für das Zuger Industrieschiff.

Für viele Zuger bedeutet LG ein Stück Heimat, Familie. Als Stephan Schmidheiny vor zehn Jahren in Zug auftauchte, empfanden dies viele als Störung des Familienfriedens. Der schlechte Ruf, den sein Vater hinterlassen hatte, war immer noch präsent und wurde durch seinen Sohn leider bestätigt (Schmidheiny als Synonym für Profitgier und «über Leichen gehen»). Stellte der Verkauf an Elektrowatt im Jahre 96 - dem Jahr des 100jährigen Jubiläums! - zwar einen gewissen Schock dar, empfand dies ein Teil der Belegschaft und der Bevölkerung dennoch als Erleichterung, weil nun die Firma an die als sozial eingestufte Elektrowatt überging. Leider nahm nur der kleinere Teil der Betroffenen wahr, dass hinter der Elektrowatt die CS-Holding als Besitzerin steckte, die etwas ganz anderes vor hatte: im Sinne des «shareholder values» ihre Industrieperven vergolden. So wunderte es denn nicht, dass kaum übernommen, schon wieder verkauft wurde.

Auch beim Deal mit SIEMENS keimte die Hoffnung, doch mindestens an eine Firma verkauft worden zu sein, die im Namen steht, ein soziales Gewissen zu pflegen. Mit der Übernahme durch Siemens war auch die Erwartung verbunden, endlich einmal für 3-4 Jahre ruhig arbeiten zu können. Es kam anders.

Im April 1998 wird: das Zählergeschäft frühzeitig aus der Elektrowatt, Landis & Gyr/Landis & Stäfa herausgelöst und neu als SIEMENS Metering betrieben. Im Oktober 1998 wird Landis & Stäfa neu in SIEMENS Building Technology überführt. Für SIEMENS einmalig wird der Hauptsitz dieser Sparte in der Schweiz etabliert, bisher wurden alle SIEMENS-Töchter von Deutschland aus gesteuert. Landis & Gyr Kommunikation wird zur gleichen Zeit in zwei Teile aufgesplittet: der Standort Genf geht an eine ausländische Investorengruppe, was mit dem Standort Zug passiert, ist offen. Es herrscht der Eindruck, dass hier mit möglichst wenig Investitionen noch Geld verdient werden soll, die längerfristige Zukunft dieses Geschäftsbereiches steht in den Sternen.

Die Arbeitnehmer Vertretung (ANV) hat auf die Umstrukturierungen reagiert: mit einer sogenannten Standort-Koordination soll dafür gesorgt werden, dass bei Umstrukturierungen ArbeitnehmerInnen wenigstens zwischen den einzelnen Sparten wechseln kön-

nen, dass nicht jeder Bereich nur für sich schaut. Noch etwas in den Kinderschuhen steckt die internationale Zusammenarbeit, der Präsident der Betriebskommission ist Mitglied des SIEMENS-Euro-Betriebsrates. Ohne enge internationale Zusammenarbeit und Koordination lassen sich die einzelnen europäischen Standorte nur zu leicht gegeneinander ausspielen.

Der innere Wert der ehemaligen Landis & Gyr wurde durch die andauernden Planspiele und Umstrukturierungen systematisch ausgehöhlt. Die Solidarität und Risikoverteilung unter den diversen Geschäftsbereichen wurde aufgeknackt. Alle Rahmenbedingungen wurden drastisch verschärft, mit einem einzigen Ziel: zweistellige Eigenkapitalverzinsungen sollten möglich werden.

Wenn KollegInnen und Bekannte von mir heute erstaunt feststellen, dass der im Januar 1999 von SIEMENS Metering angekündete Stellenabbau von 170 Stellen - trotz schwarzer Zahlen des Standortes Zug! - wenig Echo ausgelöst hat, so muss dies auf dem Hintergrund dieser ganzen Entwicklung betrachtet werden:

Vor 10 Jahren arbeiteten noch gut 5000 Leute bei LG, dem mit Abstand grössten Arbeitgeber mit einer relativ breiten Palette an Arbeitsplätzen. Heute sind es nicht einmal mehr die Hälfte, und diese

sind auf 6 verschiedene Firmen aufgeteilt! Nicht mehr LG entlässt, sondern...? Wurde vor 10 Jahren noch in mehr als 5000 Familien diskutiert, wenn etwas passierte, sind es heute nicht einmal mehr die Hälfte. Hinzu kommt, dass es sich beim Grossteil der in den letzten Jahren eingestellten Leute um Ingenieure, Techniker und Akademiker handelt, die zudem sehr oft nicht mehr aus dem Kanton stammen. Schwerwiegende Folgen hat diese Umstrukturierung für den Zuger Arbeitsmarkt: das Angebot an Arbeitsplätzen für Ungelernte und Angelernte ist markant zurückgegangen.

Die Firmenkultur wurde auf den Kopf gestellt: jede einzelne Firma muss nun für sich schauen, hat mit der andern scheinbar nichts mehr zu tun. Alten LGLern bleibt nur ein Kopfschütteln.

Rezepte, Sprüche und Folien, die in den vergangenen 10 Jahren präsentiert wurden, unterscheiden sich meist nur im Logo, der Inhalt bleibt praktisch identisch. Einmal ein wenig mehr deutsch, dann wieder mehr englisch, aber immer öfter neuzugerisch, eben Englisch-Intelligent.

Aktionärsnutzen, Eigenkapitalrendite und Kundenbedürfnisse sind die Schlüsselbegriffe aus der Küche der neoliberalen Zauberlehrlinge. Leitbilder, 10-Punkte-Programme etc. sollen durch systematisches Beackern der «weichen Faktoren» die Mitarbeiter zu Höchstleistungen motivieren.

Gold und Silber ist gefragt, Bronze reicht nicht mehr. Oder anders gesagt: Marktleader und Weltklasseniveau.

Und immer wieder das Standardargument: «damit wir Arbeits-



«Landis & Gyr war und ist in der Zuger Gesellschaft sozusagen eine Geisteshaltung.»
Bild Brigitte Weiss

plätze erhalten können, sichere Arbeitsplätze schaffen, müssen wir schlanker, schlagkräftiger und, und, und werden.

Wohin diese Reise führt, mag ein kleiner Zahlenvergleich zeigen:

Die Eigenkapital-Rendite von Siemens liegt (noch?) unter dem Durchschnitt: 1995/96 «nur» bei 9,7%. Der Gesamtdurchschnitt der 32 grössten Unternehmen der Branche liegt bei 12%. Für die Herren Ebner, Blocher und Konsorten gelten 15% als Minimum, 20% als Zielgrösse...

Ein kleiner Trost bahnt sich vielleicht mit der zukünftigen Nutzung des weitläufigen L&G-Areals an: wenn in naher Zukunft das Wohnverbot tatsächlich fällen sollte und eine attraktive Mischnutzung mit Wohnen, Freizeit und Kultur neben dem Arbeitsstandort realisiert wird, hat wenigstens die Lebens-

qualität in der Stadt Zug einen Gewinn vom ganzen.■

Sprachwandel, Kulturwandel

Quiz für flexible Zeitgenossen

Zu welcher Kategorie (Sprache als Machtinstrument / Sprache zur Verschleierung / «Worthülsen») gehören die folgenden, immer wieder heruntergebeteten Begriffe:

Best Practice Sharing, Zielvereinbarung, Learning landscape, Plattform, Incentives, Cultur changes, Programm, Management learning, Innovations-Initiativen, Massnahmen, Asset Management, Software Initiativen, Benchmarking, profitabel wachsen.

Noch mehr Zersiedelung?

Mit einem unverhofft guten Resultat ist Anfang Februar 1999 das Referendum gegen das neue PBG zustande gekommen. Ein grosses Dankeschön allen, die beim Unterschriftensammeln in klirrender Kälte mitgeholfen haben!

von Yvonne Furler, Kopräsidentin WWF Zug und AF-Kantonsrätin

Zur Erinnerung: Das Referendum war seitens der Umweltverbände und mit Unterstützung diverser Organisationen und Parteien vor allem aus nachfolgend aufgeführten Gründen ergriffen worden:

- Möglichkeit der Einführung von bis zu 100 «Weilerzonen», das heisst von Kleinbauzonen ausserhalb des bestehenden Siedlungsgebietes;

- Völlige Freigabe der maximalen Verkaufsfläche für Einkaufszentren und Fachmärkte; erst ab 5'000 m² Verkaufsfläche Bebauungsplanpflicht; Belastung der öffentlichen Hand für Erschliessung durch öffentlichen Verkehr;

- Keine Förderung des öffentlichen Verkehrs;

- Reduktion des Waldabstandes von 15 m auf 12 m, gegen den Willen des BUWAL;

- Ersatzlose Streichung des Beschwerderechts der Natur- und Heimatschutzkommission;

- Streichung des im alten Baugesetz vorhandenen Paragraphen, wonach der Arealbonus (erhöhte Ausnutzungsziffer, zusätzliches Stockwerk) nur gewährt wird, wenn dadurch die Nachbargrundstücke nicht erheblich stärker belastet werden;

Schlimmer als das RPG

Aus unserer Sicht ist die Einführung der für den Kanton Zug neuen «Weilerzonenform» raumplanerisch absolut unverantwortlich. Schon bald werden wir mit einer Vielzahl von neuen Bauzonen

in der Landwirtschaftszone konfrontiert sein. Mit der Revision des eidg. Raumplanungsgesetzes (RPG), welche das Volk am 7. Februar 1999 gutgeheissen hat, haben diese Zonen nichts zu tun. Es handelt sich um eine zusätzliche Öffnung des bis anhin landwirtschaftlicher Nutzung vorbehaltenen Landes, welche über das revidierte RPG hinausgeht.

Interessant ist, dass im Kantonsrat die Einführung der Weilerzonen vor allem auch aus Angst vor einem Nein des Volkes zur Revision des RPG gefordert wurde. Man wollte für diesen Fall wenigstens mittels dieser neuen Zonenform zusätzlichen Spielraum in der Landwirtschaftszone sicherstellen - notfalls trotz Verstosses gegen Bundesrecht. Dass die zugerische Auskleidung der «Weilerzonen» mit grosser Wahrscheinlichkeit gegen Bundesrecht verstösst, wurde zwar zur Kenntnis genommen, doch überzeugten verschiedene Kantonsräte mit der Ansicht, Zuger Recht gehe dem Bundesrecht schliesslich vor...

Shoppen geht vor

Als Unikum in der Schweiz müssen auch die Einkaufszentren betreffenden Vorschriften des neuen PBG gelten. Sie lassen beinahe alles und jedes zu, materielle Vorschriften fehlen ganz. Weder ist die Verbindung zu einer Kernzone noch die Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln Bedingung. Keinerlei



Stopp der weiteren Zersiedelung der Landschaft durch das neue Planungs- und Baugesetz! Bild Brigitte Weiss

Vorschriften bestehen auch bezüglich Parkplatz- oder Abfallbewirtschaftung. Die zugerische Lösung setzt sich damit in Widerspruch zu sämtlichen raumplanerischen Anstrengungen und Zielen der vergangenen Jahrzehnte: Längst hatte man im Kanton nämlich erkannt, dass Einkaufszentren zu den wichtigsten planerischen Aufgaben gehören.

Gewaltiger Rückschritt

Noch im Oktober 1997 fand im Casino Zug eine Tagung der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung unter dem Titel «Einkaufszentren und Vergnügungsparks» statt. Das Eröffnungsreferat hielt der damalige Baudirektor Paul Twerenbold. Unser Kanton wurde von den anwesenden Fachleuten als

Kein «BuraHe»!

Die beiden Zuger Lokalblätter überboten sich gegenseitig in Lokalpatriotismus und rechneten schon fest mit der Wahl von Peter Hess zum dritten «Zuger» Bundesrat. Für das Bulletin rapportiert exklusiv ein Gastkommentator über die Folgen dieses historischen Ereignisses.

von Jean-Pierre Kurz, Bundeshauskorrespondent der ChroZ
(Christliche WochenZeitung)

wegweisend in Sachen raumplanerischer Regelung des Baus von Einkaufszentren gelobt: Zug war schliesslich der erste Kanton, der die raumplanerische Relevanz von Einkaufszentren schon in den siebziger Jahren erkannt hatte!

Leider hatte man den Besuch dieser Tagung für den Kantonsrat nicht zur Pflichtübung erklärt. Nur gerade ein Jahr später hat unser Kanton nicht nur seine Vorreiterrolle verloren, sondern sämtliche planerischen Anstrengungen der vergangenen Jahrzehnte mit einem Schlag zunichte gemacht. Während in der übrigen Schweiz (z.B. Bern, Zürich) um raumplanerische Konzepte für Einkaufszentren gerungen wird, sollen diese in unserem Kanton nun plötzlich von der politischen Traktandenliste verschwinden.

Eine vertiefte Diskussion aller mit Einkaufszentren verbundener Fragenkomplexe (Verödung der Innenstädte, Nahversorgung der Bevölkerung, Abbau qualifizierter Arbeitsplätze im Fachhandel, Mehrverkehr) ist dringend notwendig, kann jedoch nur erfolgen, wenn das neue Gesetz gestoppt wird.

Wir möchten deshalb alle Leserinnen und Leser auffordern, am 13. Juni 1999 ein NEIN zum neuen PBG in die Urne zu legen. Wer Zeit und Lust hat, sich für die Kampagne zu engagieren, meldet sich beim WWF Zug, Frau Angelika Harsch, Tel. 710 28 62. ■

Gleich vorneweg: am schlimmsten war der Wahlausgang für die Zuger Presse. Sie musste die vorbereitete Sondernummer zerschnipseln und nicht weniger als 7 Seiten in einer «normalen» Nummer abfüllen. Die CVP wird die Wahlpropaganda für den kommenden Wahlherbst dankbar zur Kenntnis genommen haben. Die Neue ZZ kriegte die Kurve etwas eleganter, reduzierte auf «nur» drei Seiten und schaffte immerhin noch einen Ausblick auf die Konsequenz der Nichtwahl von Hess für den Wahlherbst - was die CVP weniger gefreut hat...

Hoher Blutdruck

Schlimm war das Resultat für den Blutdruck des Zuger CVP-Präsidenten F. R. Fusco. Bald nach der Nichtwahl in den vornehmen Rahmen des Bellevue-Grills (sponsored by the governments of the city and the canton of Zug) wechselnd, regte sich der beste CVP-Präsident aller Zeiten im gediegenen Rahmen immer noch furchtbar über Armin Jans auf. «Was hältst Du davon, dass Jans nicht nur seine Stimme dem Deiss gegeben hat, sondern es auch noch öffentlich sagt?», fragte Fusco jeden und jede, auch den Nicht-Parteifreund Hanspeter Uster: «Ich hätte beides genau gleich gemacht» meinte dieser trocken. Das piepsende Handy erlöste Fusco aus seiner Sprachlosigkeit.

Herz schlägt links

Schlimm wars auch für die da-

heimgebliebene Linke: «Was sucht denn der Uster in Bern?» argwöhnten viele - will der sich auch ein bisschen im Schweinwerferlicht für Hess sonnen? «Das habe ich nicht nötig, ich habe noch von meinen Ferien her eine gute Farbe. Ich bin hier, weil das Herz links schlägt, und um einen Kontrastpunkt zur CVP-Delegation zu setzen.» meinte Uster nur. Leider war sein Auftritt fast vergebens, gebracht hat ihn nur das Regionaljournal von Radio DRS.

Uster virtuell

Schlimmeres befürchtet und gut hörbar geknurrte hatte Fusco allerdings schon, als das Schweizer Fernsehen «Chnuschpi» als einzigem in der Zuger Delegation in der 'Galerie des Alpes' einige Fragen stellte. Das Fernsehen wollte gleich im Anschluss an den entscheidenden 6. Wahlgang wissen, ob Uster als Linker und als Zuger zwei Herzen in der Brust gehabt habe, und ob er enttäuscht sei. «Nein!» meinte dieser, «denn nach der Wahl von Ruth Metzler ist es wichtig gewesen, dass die Rechtsbürgerlichen die Linke nicht mit 2:0 distanzieren konnten. In dieser Konstellation muss der Zuger Lokalpatriotismus halt zurücktreten.» Die Aussage blieb virtuell, da nicht gesendet.

Taktische Fehler

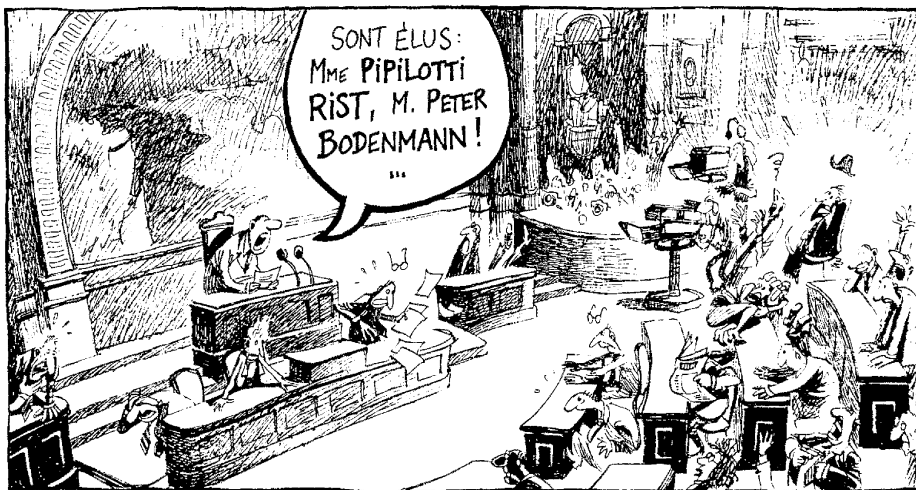
Fatal war der taktische Fehler des FdP-Sesselklebers Schorsch Stucky, der zu früh gejubelt hatte. Hätte der

rechte Wirtschaftsflügel - zu dem bei beiden Wahlrunden alle bürgerlichen Zuger Parlamentarier gehörten - im Frauenwahlgang nicht Ruth Metzler durchgesetzt, wären die Wahlchancen von Peter Hess wesentlich besser gewesen. Unbekannt ist, für wen bei der Frauenwahl Hess gestimmt hat.

Ausnahme

Es gibt aber auch gute Nachrichten: als einzige überhaupt hat sich die SGA mit einem Communiqué schon im Vorfeld gegen den Wirtschaftsanwalt und Steuerfluchtexperten Peter Hess als Bundesrat ausgesprochen. Ihr Favorit für die Cot-

der Zeit des Zweiten Weltkriegs, sondern der in Zug lebende Jean-Francois Bergier. Langs präventive Begründung zu allfälligen Vorwürfen, falls Fusco medial nochmals durchstarten sollte: «Das letzte Mal habe ich einen Fribourger Professor zugunsten eines Zugers verhindert; im Sinne eines echten Christentums



Karikatur aus Le Temps



Schlimmer Sieg für den Feminismus?

Mehrere grüne und SP-NationalrätInnen meinten, es sei ziemlich unappetitlich gewesen, mitanzusehen, auf welche Art und Weise einige ältere Herren aus dem National- und Ständerat entzückt von Ruth Metzler gewesen seien. Und Jean-Martin Büttner analysierte im Tages-Anzeiger: «Die neue Bundesrätin ist ein Erfolgsprodukt von dreissigjähriger feministischer Arbeit, will aber mit den ideologischen Prämissen dieser Arbeit nichts zu tun haben. Das habe etwas Kränkendes, sagt die Politologin Regula Stämpfli ironisch: 'Die klassischen Feministinnen müssen zur Kenntnis nehmen, dass junge Frauen jetzt von ihren Kämpfen profitieren, die für den Feminismus nichts übrig haben.'»

ti-Nachfolge war der weltoffene und eher links politisierende Jean-François Roth, nach dem Motto: Lieber ein Bundesrat aus dem armen Kanton Jura als ein Vertreter des fiskalischen Sonderbunds.

Verdacht in der Weltwoche

Die Reihen der Linken gegen Hess sollen sich erst geschlossen haben, nachdem die SP-Fraktion das SGA-Communiqué erhalten und Kontakt mit Jo Lang aufgenommen hatte. Das Extra-Blatt der Weltwoche erinnert auch daran, dass Jo Lang mit einer Intervention schon einmal auf die Bundespolitik Einfluss genommen hat. Dank ihm wurde nicht der CVP-nahe Fribourger Historiker Urs Allematt Präsident der Historiker-Kommission zur Erforschung

und der ausgleichenden Gerechtigkeit musste es dieses Mal umgekehrt sein...».

Als Mitkommentator im Fernsehen wirkte neben Filippo Leutenegger der frühere CVP-Generalsekretär Iwan Rickenbacher. PR-Mann und Profivermittler Rickenbacher coacht bekanntlich FDP-Stadtrat Hans Christen (war auch in Bern, gehörte zur Stadtratsdelegation) und SGA-Polizeidirektor Uster in Sachen Kapo/Stapo. Leider war das nicht der Ort, um mit einigen gezielten Fragen Leuteneggers die Funkstille, die zu diesem Thema im Kanton Zug herrscht, rasch und erst noch gleich landesweit zu beenden. ■

Allen vs. Chan

Das Bulletinpublikum schenkt Woody Allens neuestem Film «Celebrity» wahrscheinlich schon reichlich Beachtung, wogegen ein Film wie «Rush Hour» kaum interessieren dürfte. Schade eigentlich.

Von Thomas Ulrich

Nach sechs Jahren («Shadows and Fog») liefert uns Woody Allen wieder einen Schwarzweissfilm. Lee Simon (Kenneth Branagh) trennt sich von seiner Frau Robin (Judy Davis), einer nicht gerade selbstsicheren Lehrerin. Während sich Robin für eine Schönheitsoperation entscheidet und keinen Schimmer hat, was sie mit dem Rest ihres Lebens tun soll, stürzt sich Lee in eine Reihe von sexuellen Eskapaden. Schliesslich entscheidet er sich wieder für ein «seriöseres» Leben mit Bonnie (Famke Janssen). Just als diese bei ihm einziehen will, beginnt er aber ein Techtelmechtel mit Nola (Winona Ryder).

Nichts Neues

Einmal mehr muss somit ein Allen-Charakter einer Frau, die bereit ist, sich auf ihn einzulassen, dartun, was für ein Arsch er doch sei etc. [Robin hat beim Chirurgen unterdessen den liebenswürdigen Tony kennengelernt, meint aus unerfindlichen Gründen aber, ihn sexuell nicht befriedigen zu können und sucht bei einer Prostituierten Rat, was zu einer ebenso peinlichen wie blöd-unoriginellen Szene mit Banane führt.]

Eine grosse Qualität Allens war für mich immer die Wahl der SchauspielerInnen. Doch mit Branagh ist Allen die grösste Fehlbesetzung (nicht nur) seiner Film-Geschichte unterlaufen: Der nämlich versucht dermassen verkrampft, Woody zu imitieren, dass einem

übel wird. Wenn dann noch die ebenfalls auf der Woody-Schiene fahrende Judy Davis ihren Auftritt hat, wird so viel neurotische Energie frei gesetzt, dass man hofft, der Film verbrenne.

Krampf auf und vor der Leinwand

Was mich in letzter Zeit an Allens Filmen immer mehr nervt, ist dieses ständige verkrampfte Lachen der Mitzuschauenden. Man will schliesslich beweisen, dass man auch die schlechtesten Pointen verstanden hat.

Viel lockerer geht es da bei «Rush Hour» zu. Hier kommen die Lacher ganz von selbst, denn wenn die schnellsten Hände des Ostens (Jackie Chan) auf die grösste Klappe des Westens (Chris Tucker) treffen, dann hat das eine unwiderstehliche Charisma Reaktion in bester «48 Hours»-Tradition zur Folge. Mit «Rush Hour» hat der Martial-Arts-Akrobat Jackie Chan, der in seinen atemberaubend ausgefeilten Kampfchoreographien die sportliche Eleganz Bruce Lees mit der Slapstick-Qualität Buster Keatons spielend vereint, einen Unterhaltungsfilm für alle geschaffen. Chan-Puristen mag enttäuschen, dass Kampfszenen und lebensmüde Stunts in «Rush Hour» spärlicher ausfallen als gehabt. Doch selbst ein Chan-«Light» ist aufregender als so ziemlich jeder andere Actionstar im Business. Das Manko seines starken Akzents im Englischen münzt Chan dieses Mal als «running gag» positiv

um, was zu komischem verbalem Schlagabtausch im ungleichen Buddy-Team führt. Fazit: Klarer K.o.-Sieg für «Rush Hour» gegen «Celebrity».■

«Celebrity»

Von Woody Allen, mit Kenneth Branagh, Judy Davis, Leonardo DiCaprio, Joe Mantegna, Winona Ryder uva.

USA 1998; Flat; Dolby Digital; 113min.

Rialto Film; Start: 26.3.99.

«Rush Hour»: Von Brett Ratner, mit Jackie Chan und Chris Tucker.

USA 1998; CinemaScope; Dolby Digital, DTS, SDDS; 98min.

Rialto Film; Start: 26.3.99

Nicht nur ein Fall Egli

Grosse Wellen geworfen hat die Entlassung und sofortige Freistellung des Heimleiter-Ehepaares im Stadtzuger Altersheim Waldheim. Die dadurch ausgelösten Schockwellen haben nicht nur das Altersheim selber erschüttert, sondern schütteln auch die Aufsichtsorgane durch und rütteln an den Sitzen diverser Leute. Gefragt ist der Blick in die Zukunft, aber vorher müssen die Lehren aus dem ganzen Fall gezogen werden.

von Martin Stuber, SGA-Gemeinderat in Zug

«Es nützt ja doch alles nichts!» Wer kennt ihn nicht, diesen Spruch, der allzu oft die resignierte, ohnmächtige Reaktion auf Misstände, die scheinbar unabänderlich sind, signalisiert. Wie oft ist der Gedanke wohl den Dutzenden von Opfern der autoritären und menschenverachtenden Personalpolitik der Waldheim-Leitung im Laufe der letzten fünf Jahre durch den Kopf gegangen?

Wie gross muss die Genugtuung bei manchen unter ihnen gewesen sein, als sie von Eglis Abgang hörten oder lasen?

Es hat eben doch etwas genützt:

- Ehemalige, die ihren Glauben an die Gerechtigkeit nicht aufgeben wollten;

- Angestellte, welche zusammengehalten haben und dem enormen Druck, dem sie nicht erst seit der ersten Interpellation im Sommer 97 ausgesetzt waren, widerstanden haben;

- die Mobilisierung des öffentlichen Drucks via Parlament und Medien;

- die langsame Einsicht einer Mehrheit der Betriebskommission in die Misstände.

Dass Eglis so lange wirken konnten, wirft aber ein schiefes Licht auf die betroffenen Institutionen. Leider haben die beiden Zuger Lokalzeitungen die vielen Fragen rund um die Entlassung bis jetzt weitgehend ruhen lassen. Und nicht nur das: die Öffentlichkeit hat nicht nur fast nichts über die aufschlussreichen Fragen in der Interpellation des Schreibenden erfahren, auch die Berichterstattung

über den Gemeinderat klammerte das meiste aus - Ausnahme war die Thematisierung der Stiftung in der Neuen Zuger Zeitung.

Bei Abschluss dieser Nummer (19. März 1999) stand die Forderung nach offener und ausführlicher Information über die Kündigungsgründe immer noch unbeantwortet im Raum.

Im Folgenden deshalb die gekürzte Rede des Schreibenden im Grossen Gemeinderat vom 9. März 1999, die einiges Licht auf den Fall wirft:

«Mit meiner Interpellation geht es mir heute abend um zwei Dinge:

1. Die Öffentlichkeit, welche seit der Entlassung recht einseitig bearbeitet worden ist, soll auch die Sicht der anderen Seite erfahren.

2. Das, was sich im Waldheim abgespielt hat, darf sich nicht wiederholen. Es geht nicht darum, schmutzige Wäsche zu waschen, sondern durch Offenlegen der Verhältnisse etwas für die Zukunft zu bewirken.

Die Fragen in der Interpellation Stuber

1. Welches waren die Gründe im einzelnen, die zur sofortigen Freistellung des Ehepaares Egli geführt haben? Worum handelt es sich bei den von Gutachter Wetter in der Presse angeführten „unschönen Vorfälle“?

2. Welches waren die wesentlichen Schlüsse im Gutachten Wetter bezüglich Heimführung und Personalprobleme?

3. Was waren die Gründe für die Auflösung der Betriebskommission? Trifft es zu, dass die völlig bedingungslose, obstruktiv wirkende Unterstützung der Heimleitung durch ein Beko-Mitglied die Tätigkeit der Betriebskommission zunehmend blockiert hat?

4. Trifft es zu, dass die Betriebskommission schon einmal im letzten Herbst vor der Entlassung der Heimleitung stand? Wenn ja, was waren damals die Gründe dafür? Trifft es im weiteren zu, dass der Stiftungsrat nicht zu-

letzt auf Intervention von aussen hin und auch aus politischen Gründen (Vorwahlzeit!) damals von einer Kündigung abgesehen hat?

5. Trifft es zu, dass gegenüber dem Heimleiterpaar bereits zu Beginn des letzten Jahres sogenannte Änderungskündigungen ausgesprochen wurden? Wenn ja, was waren die Gründe dafür? Worin bestanden die arbeitsvertraglichen Änderungen?

6. Schon im Herbst 1997 untersagte die Betriebskommission der Heimleitung, in eigener Kompetenz Kündigungen auszusprechen. Was waren die Gründe für diesen Kompetenzzug? Trifft es zu, dass sich die Heimleitung eigenmächtig über diese Anweisung hinweggesetzt hat? Trifft es zu, dass erst nach diesem Kompetenzzug die Personalfuktuation im Altersheim Waldheim auf ein normales Mass zurückging?

ALTERSHEIM WALDHEIM

Ich möchte dem Stadtrat für die prompte Beantwortung der beiden Interpellationen danken. Leider hat unter der Geschwindigkeit der Inhalt etwas gelitten, denn dass der Stadtrat auf meine konkreten Fragen gar nicht eingeht, empfinde ich als unbefriedigend. Deren Beantwortung hätte doch immerhin einiges zur Klärung der Situation beitragen können und der Öffentlichkeit aufzeigen können, dass die Kündigung der Heimleitung tatsächlich überfällig war.

Ohne der vom Stadtrat in Aussicht gestellten Pressekonferenz des Stiftungsrates vorgreifen zu wollen, erlaube ich mir eine persönlich Einschätzung der Situation.

(...)

Mittlerweile kommen die Unterlagen schon fast von alleine zu mir, die Entlassung der Heimleitung hat eine gewisse befreiende Wirkung auf die vielen gedemütigten Opfer der Personalpolitik der ehemaligen Waldheim-Leitung.

So habe ich gestern morgen ein kleines Dossier von Frau L. aus dem Ennetsee erhalten. Frau L. war während zwei Wochen Pflegedienstleiterin und wurde von Eglis aus heiterem Himmel fristlos entlassen. Schriftliche Begründung gab es keine, mündlich wurde ihr vorgeworfen, sie kümmere sich zu stark um die Pflege, insbesondere um die Pflegefälle und die Medikamentierung.

Die völlig geschockte Frau L. stellte in einem ausführlichen Brief an den Präsidenten der Beko - damals war das noch SP-Kantonsrat Hanspeter Hausheer - ihre Sicht der Dinge dar. Es ist tatsächlich haarsträubend, was Frau L. in diesem Brief beschreibt und wenn nur die Hälfte davon stimmt, hätte die Beko schon damals, im März 94, Frau L. mindestens das Recht auf Anhörung zuge-



Morgendämmerung im Waldheim

Bild B. Weiss

Gesucht

Für das Altersheim Waldheim in Zug suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung eine/n

Heimleiter/in
Aufgabenbereich: Gesamtleitung des Heimes mit 54 Bewohnerinnen und Bewohnern; Sicherstellung der qualifizierten Betreuung und Pflege von betagten Menschen. **Wir erwarten:** Einfühlungsvermögen für ältere Menschen; kompetente Persönlichkeit mit Führungsqualität; solide betriebswirtschaftliche Kenntnisse; soziale und kommunikative Kompetenz; mehrjährige, erfolgreiche Heimleitungs-Erfahrung; Heimleiterausbildung. **Sie erwartet:** Vielfältiges und interessantes Arbeitsfeld; der Verantwortung entsprechende Kompetenzen; zeitgemässe Besoldung und Sozialleistungen; sorgfältige Einarbeitung. Des weiteren suchen wir eine/n

Pflegedienstleiter/in
 für die pflegebedürftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Waldheims. Der Aufgabenbereich umfasst Mitarbeit in Pflege und Betreuung, Führung des Pflegeteams; Planung und Koordination. **Wir erwarten ein** Diplom in Krankenpflege und Ausbildung auf Stufe Stationsleitung oder höher, erfolgreiche Führungserfahrung, mehrjährige Berufserfahrung in einem Altersheim oder ähnlicher Institution.

Schriftliche Bewerbungen sind zu richten an:
**Othmar Romer, Präsident Stiftung Zugerische Alterssiedlungen, 6300 Zug
 St. Johannes-Strasse 10.**
 Für Rückfragen über das Aufgabengebiet wenden Sie sich bitte an R. Züsli, Projekt- und Organisationsberatung, Seehofstrasse 11 c, 6330 Cham 92836

Ausschnitt aus Amtsblatt ohne Kommentar

stehen müssen, respektive der gesunde Menschenverstand hätte sich gesagt: Halt! Da kann etwas nicht stimmen, dem muss auf den Grund gegangen werden!

Dies umso mehr, als die Heimleitung das Waldheim zur selben Zeit mit einer regelrechten Kündigungswelle überzogen hatte. Frau Egli schüchtern das Personal ein mit öffentlichen Aussagen, dass sie entlassen könne, wen sie wolle, dass wer nicht spurt, ja gehen könne.

Wer die Verhältnisse im Waldheim ein bisschen kennt, dem wird sofort klar, dass Frau L. gehen musste, weil sie zu selbständig, zu qualifiziert und zu eigenständig war. Denn das zieht sich wie ein roter Faden durch alle Gespräche, die ich hatte: nicht nur duldeten Eglis keinen Widerspruch, nicht nur wurden manchmal sogar Anregungen als Kritik aufgefasst, nein, auch hatten eigenständige, kompetente und starke Persönlichkeiten neben Eglis keinen Platz.

Wie haben die Behörden reagiert? Die Ansprechpartnerin der Beko, Frau Opprecht, meinte zu Frau L. bloss, es sei einfacher, einen neuen Pflegedienstleiterin zu suchen, als ei-

ne neue Heimleitung – was denn in den kommenden Jahren tatsächlich noch mehrmals nötig wurde...

Die Beko selber schrieb einen lapidaren Brief, dass die «erhobenen Vorwürfe keine sachliche Grundlage haben.» (...) Angehört wurde Frau L. - wie schon erwähnt - nicht, die Beko schenkte offenbar blind den Darstellungen Eglis Glauben und schützte diese.

Auf den Fall von mir angesprochen, meinte der damalige Beko-Präsident Hanspeter Hausheer, die Eglis hätten halt einen sehr patriarchalischen, autoritären Führungsstil gepflegt und im übrigen sei es üblich, dass es bei einem Wechsel der Heimleitung eine gewisse Anzahl Kündigungen gebe.

So einfach ist das! Diese Haltung allein ist schon ein Skandal!

Es kommt aber noch dicker. Was sagte Herr Romer in seiner Antwort auf die Interpellationsfrage bezüglich Personalfuktuation in der Pflegedienstleitung im letzten Juni? Ich zitiere:

«Der Nachfolgerin musste in der Probezeit gekündigt werden, weil die Leistungen nicht genügten.» Damit

ist Frau L. gemeint.

Frau L. musste am Schluss noch per Mahnung um die Bezahlung ihrer Überstunden kämpfen, schliesslich wurden ihr 44.5 Std., aufgelaufen innerhalb von zwei Wochen, als Überzeit anerkannt und bezahlt. Sie haben richtig gehört: 44.5 Stunden innerhalb von zwei Wochen!!! -«weil die Leistungen nicht genügten» - Es ist wirklich unglaublich!

Die Frau hat zwei Wochen lang gekrampf wie verrückt, um Ordnung in den Pflegebereich zu bringen, und dann das.

Verstehen sie meine Betroffenheit, wenn ich so etwas sehe? Die Betroffenheit, ja Wut, wird noch grösser, wenn ich daran denke, dass uns der damalige Stadtpräsident Romer in seiner Interpellationsantwort auch noch Unwahrheiten erzählt hat:

Immer noch in Sachen Pflegedienstleiterinnen, Zitat: «Eine weitere kündigte, weil sie sich psychisch überfordert fühlte (Todesfälle im Heim).»

In Tat und Wahrheit wurde dieser Frau kurz nachdem sie sich in ihrer Verzweiflung über die Probleme mit der Heimleitung vertraulich an ein Beko-Mitglied gewendet hatte, von der Heimleitung gekündigt und mit sofortiger Wirkung freigestellt. Mit ihren Nerven am Ende und mangels

Waldheim auf dem Internet

Die Lokalpresse hat sich bis zum Redaktionsschluss dieses SGA-Bulletins weitgehend mit dem Abdruck von Leserbriefen begnügt. Dank dem Internet besteht für die interessierte Öffentlichkeit noch eine andere Informationsquelle. Seit Beginn der Affäre findet sich interessantes Material auf dem Internet unter www.sga-zug.ch/waldheim
 Die Seite wird ständig aktualisiert.

finanzieller Möglichkeiten verzichtete die Frau auf den Gang vor Gericht, obwohl sie dort vermutlich gute Chancen gehabt hätte.

Meine Wut wird nicht kleiner angesichts der Tatsache, dass sowohl Herr Hausheer als auch Herr Romer Sozialdemokraten sind, mithin auf der Seite der 'kleinen Leute' stehen sollten.

Ich behaupte, dass allerspätestens 1996 jede und jeder, der für das Waldheim Verantwortung getragen hat und der sehen wollte, hätte sehen können, ja sehen müssen, dass es mit dieser Heimleitung nicht geht. Stattdessen wurde der Kopf in den Sand gesteckt – ja es muss von einer eigentlichen Wahrnehmungsblockade gesprochen werden - und es galt das verallgemeinerte Gesetz, dass die Botin, welche die schlechte Nachricht bringt, geköpft wird. Ich sage bewusst «Botin», denn die Opfer waren zur grossen Mehrheit Frauen. Das, und dann darunter noch viele TeilzeiterInnen, die können ja schon entlassen werden.

Glauben sie mir, wenn da zur Mehrheit Männer entlassen worden wären, hätte sich früher etwas geregelt im Stiftungsrat und in der Beko!

Die Gesamtverantwortung trägt der Stiftungsrat der «Stiftung Zugerische Alterssiedlungen», der dieses Problem lange Zeit einfach negierte, der erst auf Druck der Öffentlichkeit - und nicht zuletzt auf Druck der öffentlichen Debatten hier in diesem Rat und auf Druck der Beko, die irgendwann zwischen 1997 und 1998 mehrheitlich realisierte, dass es so nicht weitergehen konnte, dass sich also der Stiftungsrat dazu bequemen musste, den Realitäten ins Auge zu schauen.

Die Tatsache, dass sich der Präsident dieses Stiftungsrates, Othmar Romer, so lange und so bedingungs-

Stiftungswesen im Zwielficht

Wer sich mit Altersinstitutionen beschäftigt, stösst immer wieder auf Stiftungen - und nicht nur dort. In der Stadt Zug wird das Altersheimwesen durch die «Stiftung Zugerischer Alterssiedlungen» geführt. Diese Stiftung - wie die meisten! - ist ein «Selbstläufer». Der Stiftungsrat wählt sich nämlich mehrheitlich selber, der Zuger Stadtrat delegiert nur drei Mitglieder! Formal ist der Stiftungsrat der Stadt Zug als Hauptfinanzquelle nicht einmal rechenschaftspflichtig - Zustände wie im Vatikan... Mit dem Verweis, das sei Sa-

che des Stiftungsrates, hat der Stadtrat denn auch die präzisen Interpellationsfragen im GGR (siehe Kasten) nicht beantwortet. Das vom Stadtrat in Aussicht gestellte Pressecommuniqué des Stiftungsrates ergab auch keine weiteren Aufschlüsse. Wir werden uns noch in diesem Jahr in dieser Zeitung mit dem ganzen Stiftungswesen auseinandersetzen - in einer Demokratie ist diese schwer kontrollierbare und undemokratische Rechtsform auf jeden Fall ein Problem. Transparenz ist gefragt!

los hinter die Eglis gestellt hat, schwächt nun seine Position gegenüber diesen. Romers eklatantes Versagen in dieser ganzen leidigen Affäre rechtfertigt die Forderung nach seinem Rücktritt.

(...)

Wie auch immer, der Schaden ist angerichtet und kann nicht so einfach wieder gut gemacht werden. Und eigentlich hätten ja diverse von der Heimleitung gedemütigte Angestellte Anrecht auf Wiedergutmachung, was allerdings die Frage nach der Aufsicht über den Stiftungsrat aufwirft. Ich erinnere mich nur zu gut über meinen Frust vor zwei Jahren, als ich mir bewusst wurde, dass wegen der kuriosen Stiftungsstrukturen dieses Parlament hier gar nichts zu sagen hat in dieser Sache – ausser Fragen stellen. Das muss sich ändern und ich bitte die Ratsmitglieder, sich bei der Behandlung der vom Stadtrat in Aussicht gestellten Änderungen - die nun aber offenbar in die genau verkehrte Richtung gehen! - an diese Geschichte hier zu erinnern.

Zu den «EglierInnen»: Hans Opprecht führt in seinem Leserbrief als Argument für Eglis an, dass diese das Heim wieder rentabel gemacht hätten. Mal ganz abgesehen von der

Frage, ob ein Altersheim überhaupt rentieren muss, könnte direkt jemand auf die Idee kommen, den Gründen für diese plötzliche Rentabilität auf den Grund zu gehen.

Ziemlich offensichtlich scheint, dass dies auch auf Kosten mindestens eines Teils des Personals gegangen ist. Aber, und hier wird es wirklich brenzlich, es gibt ernstzunehmende Hinweise, dass dieser Sparkurs auch auf Kosten mindestens eines Teiles der BewohnerInnen und Bewohner gegangen ist.

Das würde dann z.B. auch erklären, weshalb im Sommer 97 der Versuch, unter den Pensionärinnen und Pensionären Unterschriften zugunsten der Heimleitung zu sammeln, kläglich scheiterte. Von über 50 Anwesenden in der Cafeteria unterschrieben gerade mal fünf. Kein Wunder, haben wir von dieser Unterschriftensammlung in der Öffentlichkeit nie etwas gehört!...

Es würde mich auf jeden Fall überhaupt nicht wundern, wenn wir zu diesem Thema in der nächsten Zeit noch einiges zu hören, bekämen. ■

Erste Erfahrungen

Rosemarie Fährndrich Burger, 47 Jahre, ist Mutter von zwei Kindern, wohnhaft in Steinhausen und Kantonsrätin der Frischen Brise Steinhausen. Zum ersten Mal seit sie gewählt wurde, berichtet sie im Bulletin über ihre Eindrücke und Erlebnisse.

von Rosemarie Fährndrich Burger

Im vergangenen Oktober wurden Manuela Weichelt und ich für die Frische Brise in den Kantonsrat gewählt. Die Freude darüber war in unserer Partei gross, denn es stellte sich heraus, dass die Frische Brise Steinhausen als einzige oppositionelle Partei im Kanton gegenüber 1994 keine Stimmen verloren hat. Die Idee unserer Partei, die Wahl mit fünf Kandidatinnen zu bestreiten, scheint aufgegangen zu sein.

Die Zeit nach der Wahl erlebte ich als eine ganz besondere: Ich erhielt viele Gratulationen. Im Dorf sprachen mich viele Bekannte an. Die Wahl in den Kantonsrat war das Thema.

Die folkloristische Amtseinsetzung

Die konstituierende Sitzung im Dezember hatte viel Volkstümliches an sich. Zur Vereidigung des Parlamentes in der St. Oswaldskirche fand ein offizieller Umzug statt. Die VolksvertreterInnen stellten sich in ‚historischer Reihenfolge der Gemeinden‘ auf, begleitet vom Fähndrich mit der Kantonsfahne, der Musikgruppe der Kantonspolizei, sowie dem Standesweibel in seiner Amtstracht. Ursprünglich wollte ich am ganzen Zeremoniell gar nicht teilnehmen, denn so ein Umzug passt doch gar nicht mehr in unsere Zeit und die Politik, die sich im Allgemeinen stark von christlichen und sozialen Werten entfernt hat, was hat sie mit der Kirche, mit Gott noch gemeinsam? Andererseits wollte ich

mir die ökumenische Feier nicht entgehen lassen.

Die ersten geschäftlichen Angelegenheiten

Die konstituierende Kantonsratsitzung galt den Wahlen. Es ging darum, gegen zwanzig Wahlgänge zu bestreiten, bis die Parlamentsrepräsentanten und die Kommissionsmitglieder gewählt waren. Zwischendurch entstand plötzlich ein Gerangel im Saal. Es ging um die Wahl des Präsidenten der ständigen Kommission für den öffentlichen Verkehr. Der Anspruch der Alternativen Fraktion (AF) auf einen Präsidiumssitz in einer fortwährenden Kommission war unbestritten. (Die AF ist seit dieser Legislatur die drittgrösste Fraktion). Die bürgerlichen Parteien waren jedoch nicht bereit, der AF das Präsidium zu überlassen, obwohl Andreas Bossard als kompetent für dieses Amt gilt. Anscheinend handelt es sich beim öV um eine so prestigeträchtige Kommission, dass sie nicht in die Fittiche der Linken gelangen darf.

Die erste ordentliche Sitzung

Wie jeden letzten Donnerstag im Monat findet am 28. Januar die erste Sitzung des Kantonsrates statt. Einige Gesichter erkenne ich bereits wieder. Nach der konstituierenden Sitzung haben wir ja alle bereits einmal miteinander angestossen.

Hier eine kleine Beurteilung der mir nennenswerten Geschäfte:



Rosmarie Fährndrich Burger

Bild Bulletin

Obergerichtspräsident Alex Staub beantwortet die Interpellation Joe Lang und Mitunterzeichnende zum Fall Peterhans. Dem Angeklagten in Sachen Ost-Mafia wird eine Gesamtdeliktssumme für Betrug, Falschbeurkundung, Veruntreuung und Geldwäscherei von 50 Millionen Franken vorgeworfen. Der Antwort ist zu entnehmen, dass die Anklage wegen ‚einfacher Geldwäscherei‘ im September 1998 verjährt sei. Diese Mitteilung schlägt wie eine Bombe ein. - Es komme nur noch eine Verurteilung für ‚qualifizierte Geldwäscherei‘ in Frage, was viel schwieriger nachzuweisen sei, wird ausgeführt.

Die Vorlage über das Kreditbegehren einer Busspur Chamerstrasse mit kombiniertem Rad- und Gehweg im Abschnitt Chamerfussweg-Erlenplatz wird an die Strassenbau-

KANTONS RAT

kommission delegiert. Ich habe Bedenken zum Projekt, denn die Velofahrenden müssen künftig das südliche Trottoir mit den FüssgängerInnen teilen. Das heisst auch, dass die Radfahrenden die Chamerstrasse in der Stadt überqueren müssen. Die Alternativen in der Kommission werden ein besonderes Augenmerk



Rosmarie Fährndrich Burger: «Was hat die heutige Politik...noch mit der Kirche und Gott gemeinsam?» - Kreuzifix im Kantonsratssaal

Bild Brigitte Weiss auf diesen Punkt im Projekt richten müssen.

Ohne Gegenstimme wird der Kredit von 5,2 Mio. Franken für die Erneuerung und Erweiterung des ZVB-Hauptstützpunktes bejaht. Ursprünglich stand ein 80 Millionen-Projekt zur Diskussion, welches die ZVB-Basis auf dem Gaswerk-Areal vorsah. Durch die Nutzung des bestehenden Standortes und die Zuzumietung des Areals der ehemaligen Kläranlage können bereits bestehende Bauten weiterhin benutzt werden. Diese Umstände machen es möglich, dass das Vorhaben nun auf die lediglich 5,2 Mio. Franken zu stehen kommt, denn es müssen dadurch nur einige wenige Um- und Neubauten erstellt werden. Am vorgesehenen Standort kann zudem die

Garagierung für den Rettungsdienst und die Kantonspolizei miteinbezogen werden.

Eine Motion fordert, dass künftig die KantonsrichterInnen durch das Parlament gewählt werden sollen. Die Ratslinke ist zusammen mit der SVP gegen die Motion, denn durch das Wegfallen der Volkswahl würde die Stellung der Gerichte gegenüber dem Kantonsrat geschwächt. Die Motion wird angenommen. Da die Vorlage eine Verfassungsänderung bedingt, wird es zu einer Volksabstimmung kommen.

Zur grossen Erleichterung der Proporz-BefürworterInnen wird die Überweisung der Motion Frigo betreffend Einführung des Majorzwahlverfahrens auf die März-Sitzung verschoben. Bleibt nur zu hoffen, dass die ‚richtigen‘ KantonsrätInnen an jener Sitzung anwesend sein werden.

Das ParlamentarierInnen-Skirennen

Der Einladung des Schwyzer Kantonsrates zum 27. ParlamentarierInnen-Skirennen des Schwyzer- und Zugerparlamentes auf den Hochybrig leiste ich gerne Folge. Der Entscheid teilzunehmen fällt mir umso leichter, weil die ganze Familie eingeladen ist. Mir ist die Ernsthaftigkeit des Anlasses jedoch nicht genügend bewusst, denn die eingefleischten RennfahrerInnen sind bereits früh morgens am Wachsen ihrer Skis. Konsequenterweise muss ich mich mit einem der hintersten Ränge abfinden. Die entspannte, kollegiale Stimmung beim anschliessen den Apéro und beim gemeinsamen Mittagessen macht den 13. Februar zu einem besonderen Skierlebnis.

A propos, die besten Zuger Plätze haben Mitglieder der Alternativen Fraktion erobert: Yvonne Furler, Zug, belegt als beste Zugerin den 2. Rang, Josef Marty aus Menzingen als

besten Zuger den Rang 11.

Die ersten Kommissions-Sitzungen

An der Kommissionssitzung zum Kantonsratsbeschluss betreffend Projektierung eines Erweiterungsbaus der Kantonschule ‚Luegeten‘ in Zug nehme ich die für mich neue Situation zur Kenntnis: Besichtigung des Standortes und dessen Umgebung; anschliessend im Restaurant Bären in Zug Ausführungen der Regierungsräte und der Kanti-Direktorin, Fragerunde, Eintretensdebatte, Detailberatung, Schlussabstimmung. Einstimmig wird das Geschäft überwiesen. - Die Kommission ist bereits wieder aufgelöst.

Als Mitglied der ständigen Redaktionskommission kann ich an meiner ersten Sitzung bereits einen Erfolg verbuchen. Nach längerem Insistieren meinerseits und durch die argumentative Schützenhilfe des Protokollführers entscheidet sich die Redaktionskommission, dass künftig in allen Gesetzen, welche sich auf Frauen und Männer beziehen, die weibliche Schreibweise der männlichen vorangestellt wird.

Die Kantonsratsarbeit hat spannend angefangen und ich freue mich auf die weiteren Geschäfte und Tätigkeiten, besonders jedoch auf die Zusammenarbeit mit den mir bereits vertrauten KollegInnen unserer Fraktion. ■

Erlaubt wäre eigentlich fast gar nichts

Die Erfahrungsmedizin und ihre alternativen Behandlungsmethoden liegen im Trend. In Zukunft werden diese versuchsweise durch die Grundversicherung vergütet – aber nur sofern von Medizinern erbracht.

Von Sybilla Schmid Bollinger

Der K(r)ampf mit den Krankenkassen ist nur ein Teil des Kummers und der Sorgen der angehenden und praktizierenden HeilpraktikerInnen ohne klassische medizinische Ausbildung. Die ganze Gesetzgebung im Bereich Gesundheit tut sich schwer mit ihnen. Ihre Zulassung und ihre Anerkennung unterscheiden sich bezeichnenderweise von Kanton zu Kanton.

Föderalismus pur

In einigen Kantonen kann eine Prüfung abgelegt werden, deren Bestehen zu einer offiziellen Zulassung führt. Appenzell Ausserrhoden, Baselland, Baselstadt, Graubünden, Thurgau, St. Gallen und Schaffhausen kennen diese Lösung. Im Kanton Obwalden werden HeilpraktikerInnen, die anderweitig eine Prüfung erfolgreich absolviert haben, anerkannt. Bestrebungen, das kantonale Gesundheitsgesetz in diese Richtung zu revidieren, gibt es in Solothurn, Bern und Nidwalden.

Andere Kantone erteilen Bewilligungen, ohne dass eine Prüfung abgelegt werden muss. Der Nachweis einer bestimmten Anzahl Ausbildungslektionen genügt. Der Kanton Luzern und der Tessin handhaben es so. Der Kanton Jura hingegen verbietet den HeilpraktikerInnen jegliche Tätigkeit. Dies, um nur einige Extrembeispiele zu nennen.

Die Folgen des föderalistischen Systems wurden in der Sendung

Kassensturz des Schweizer Fernsehens DRS vom Dienstag, 16. Februar 1999, hinlänglich illustriert. Es wurde der Fall eines Vitalogen dargestellt, der seine Praxis im Kanton Aargau hatte schliessen müssen, nachdem die Aargauer Regierung ein generelles Verbot der Vitalogie ausgesprochen hatte. Der betreffende Vitaloge siedelte darauf in den vermeintlich liberalen Kanton Zug über, wo er eine neue Praxis eröffnete.

Die neue Zuger Gesundheitsdirektorin, Regierungsrätin Monika Hutter, liess die Öffentlichkeit im Anschluss an die Sendung wissen, dass die Vitalogie – eine Methode zur Manipulation der Halswirbelsäule – im Kanton Zug bereits seit 1990 verboten ist. Auf Anfrage der Gesundheitsdirektion habe der betreffende Vitaloge mitgeteilt, dass er keine Vitalogiebehandlungen mehr vorgenommen habe. Auch sei ihm seitens der Gesundheitsdirektion die rechtliche Situation schriftlich dargelegt worden, mit dem Hinweis, dass eine Zuwiderhandlung seinerseits angezeigt würde (Zuger Presse, 1. März 1999).

Toleranter Kanton Zug?

Der Kanton Zug gilt in HeilpraktikerInnenkreisen als tolerant. In der Verordnung zum kantonalen Gesundheitsgesetz werden zwar mehrheitlich nur diejenigen medizinischen Hilfsberufe aufgezählt, die auch im KVG erwähnt werden, wie zum Beispiel PhysiotherapeutInnen,

KrankenpflegerInnen, ErnährungsberaterInnen oder medizinische MasseurInnen, doch haben es immerhin auch die AkupunkteurInnen geschafft, erwähnt zu werden. Diese Ausnahmeregelung, in Abweichung vom KVG, besteht seit 1990.

Die HeilpraktikerInnen werden nicht namentlich erwähnt. Sie fallen unter den Sammelbegriff „Personen, die wissenschaftlich nicht anerkannte Behandlungen ausüben“. Ihnen ist in der erwähnten Verordnung ein eigener Abschnitt gewidmet. In den dazugehörigen Paragraphen ist von Toleranz wenig zu spüren. Der Geist der Schulmedizin prägt den Inhalt der entsprechenden Bestimmungen.

HeilpraktikerInnen sind zwar zugelassen, dürfen aber weder eine Diagnose stellen, noch irgendwelche Heilmittel verabreichen. Eine Homöopathin beispielsweise dürfte – streng genommen – selber keine homöopathischen Mittel abgeben. Überhaupt sind alle Massnahmen, die Fachkenntnisse einer Medizinalperson oder von medizinischen Hilfspersonen voraussetzen, untersagt. Auch in der Eigenwerbung unterliegen HeilpraktikerInnen im Kanton Zug sehr einschränkenden Bestimmungen.

Nach Auskunft von Felice Störk, dem zuständigen Sachbearbeiter der Gesundheitsdirektion, gäbe es seitens des Kantons Zug keine Bestrebungen, Heilpraktiker bzw. Naturärzte auf kantonaler Ebene offizi-



Die berühmten „Chügeli“ aus dem homöopathischen Köfferli – abgeben eigentlich nur der Ärztin erlaubt.

Bild Brigitte Weiss

ell anzuerkennen. Eine entsprechende Revision des Gesundheitsgesetzes stehe momentan nicht zur Diskussion. Gesetz und Praxis im Kanton Zug funktionieren so weit gut. Es bestehe kein Handlungsbedarf. Auf eidgenössischer Ebene hingegen sei der Kanton Zug aktiv geworden. So habe der frühere Sanitätsdirektor, Urs Birchler, der Sanitätsdirektorenkonferenz gegenüber die Zulassung der HomöopathInnen beantragt. Überhaupt, wenn auf nationaler Ebene etwas zugunsten der Erfahrungsmedizin in Gang kommen würde, wäre eine Beteiligung des Kantons Zug an diesem Prozess mehr oder weniger gewiss.

Die Frage der Qualitätssicherung

Blättere ich im Amtsblatt, so werde ich den Eindruck nicht los, dass unser Kanton ein Eldorado für HeilpraktikerInnen und HeilerInnen aller Art und Güte sein muss, so zahlreich und vielfältig sind die Angebote. Ob der Markt das mit der Qualität regelt und die Spreu vom Weizen

scheidet? - ich hoffe es. Es bleibt mir zwar fast nichts anderes übrig, als mich auf meine eigenen Eindrücke und auf die Meinung von KollegInnen abzustützen; denn die Qualitätskontrolle des Angebots kann durch die Gesundheitsdirektion nicht gewährleistet werden, unter anderem aus Kapazitätsgründen. Sie macht die AnbieterInnen von wissenschaftlich nicht anerkannten Behandlungen auf ihre Rechte und Pflichten aufmerksam und verlangt von ihnen Auskünfte über Ausbildung und Tätigkeit, mehr nicht.

Das ermöglicht den HeilpraktikerInnen einen gewissen Spielraum. Solange ihre Kundschaft zufrieden ist, läuft alles bestens, tritt aber, wie im erwähnten Fall des Aargauer Vitalogen, aufgrund der Behandlung ein gesundheitliches Problem auf, dann bleibt kein Stein mehr auf dem anderen, und es kommt zutage, dass die Tätigkeit von HeilpraktikerInnen durch Gesetze, die von schulmedizinischem Denken geprägt worden sind, stark eingeschränkt wird.

Nichts gegen Handauflegen oder Gesundbeten, aber Vorsicht bei der Vitalogie! Da mit der Gesundheit nicht zu spassen ist, erscheint mir das auch vernünftig, solange die Qualität der verschiedenen Ausbildungen im Bereich der Erfahrungsmedizin so unterschiedlich und so wenig überprüfbar ist. Die Qualitätssicherung und -kontrolle müsste eigentlich auch bereits bei der Ausbildung einsetzen. Aber das liegt noch in ferner Zukunft.

Heisses Eisen

Die Probleme und Unstimmigkeiten im Bereich der Erfahrungsmedizin lassen sich auf kantonaler Ebene wohl kaum wirklich lösen. Auf nationaler Ebene hingegen wird sich niemand ernsthaft getrauen, dieses heisse Eisen aufzugreifen. Denn es geht einerseits um viel Geld - unter anderem um die Zahlungsverpflichtung der Krankenversicherung -, andererseits um die Interessen der ÄrztInnen, die neben sich keine weiteren Rivalinnen dulden wollen, haben sie durch die hohe Ärztedichte doch schon genug interne Konkurrenz. Es führt kein Weg an dieser Tatsache vorbei: Die interessierten Berufsverbände der HeilpraktikerInnen, der HomöopathInnen und anderer müssen sich einigen und in eigener Sache aktiv werden. ■

Der Stapel neben meinem Bett

Meine Freundin Charlotte ist eine Literatur-Würgschlingerin. Hat ein Buch kaum aufgegessen, nur halb verdaut, ruft ihr ganzes System nach neuer Nahrung; und wählerisch ist sie auch noch. An bestimmten Tagen MUSS es ein Krimi sein, an anderen wiederum Lyrik oder Briefromane. Es gibt Nächte für Erzählungen, aber am Sonntagmorgen sollte es ein möglichst dicker, guter Roman sein. Charlotte geht es wie mir, darum verzeihe ich ihr fast alles...

von Ula Schiesser, Bibliotheksangestellte

...zum Beispiel ihr seltsames Verhalten, wenn sie mich alle paar Monate mal besucht. Flüchtige Umarmung, dann der direkte Gang ins Schlafzimmer. Nie bleibt sie am grossen Bücherregal im Wohnzimmer hängen, wo alle schönen und schöngeistigen Bücher stehen, die ich in den letzten Jahren gelesen habe. Sie interessiert sich ausschliesslich für den Stapel neben meinem Bett. Dort liegen die Bücher, die ich wirklich konsumiere. Der Proviant für viele Nächte und den heissgeliebten Sonntagmorgen. Aus diesem Stapel möchte ich einige Titel vorstellen. Nicht alle sind neu, und es sind nicht nur Bücher für Erwachsene, denn meine Tochter im Kindergartenalter zeigt schon ähnliche Symptome.

Am tiefsten berührt hat mich in den letzten Wochen ein Romanerstling aus Amerika. Die Autorin heisst Melanie Rae Thon, der Titel des Romans: Das zweite Gesicht des Mondes. Hauptfigur ist eine junge Frau, Iona Moon, die als Farmerstochter in einem kargen Nest aufwächst. Die Menschen sind zumeist verbittert, gewalttätig und resigniert. Träume von Liebe und Selbstachtung, von einer besseren Zukunft, werden sofort im Keim erstickt.

Iona ist anders. Iona riecht nach Kuhmist, trägt keinen Lippenstift und pflegt zu Hause ihre sterbende Mutter, die vom Krebs buchstäblich aufgefressen wird. Iona wird in der Kleinstadt als «Schlampe» gehandelt. Sie ist auf der Suche nach ihrer

eigenen Sinnlichkeit, nach Liebe, nach Erotik, bei der sie nicht ihre Seele verliert. Sie erlebt Inzest, Gewalt, Gleichgültigkeit, Doppelmoral und die Kälte einer neidischen, ge-



fühlsamen Gesellschaft. Aber sie bricht aus und auf. Das macht das Buch so schön, nebst der atemberaubenden Sprache und den dichten Bildern. Der Roman ist derb, poetisch und unsentimental und dazu noch sehr spannend.

Für LiebhaberInnen von guten Kriminalromanen hier eine kleine Trouvaille von Driss Chraïbi. Sein neuer Roman heisst «Inspektor Ali im Trinity College». Einer der vergnüglichsten Krimis überhaupt, voller Ironie und sehr temporeich. In Cambridge wird eine marokkanische Prinzessin ermordet. Inspektor Ali wird aus Marokko eingeflogen, da ein diplomatisches Debakel droht. Er löst den Fall elegant und sehr überraschend und ich musste zum Schluss laut lachen; über meinen eigenen Rassismus und seine

verdammte freche Art, ihn mir unter die Nase zu reiben. Der Plot ist toll, die Fr. 24.00 würd' ich wieder ausgeben, habe ich mich doch noch selten so lange und herrlich amüsiert.

Aus aktuellem Anlass empfehle ich noch ein Buch von Erich Kästner, welches ich zum achten Mal vorlese. Meine Tochter Paula lässt sich Zöpfe wachsen, seit sie Bekanntschaft mit dem Doppelten Lottchen gemacht hat. Dass Kästner gerade 100 Jahre alt geworden ist, hat sie sehr erstaunt: «Mama, er schreibt aber megaguete Geschichte, für das er so alt isch». Auch ich mag diese etwas altmodische Geschichte gerne. Sie ist so spannend wie moralisch, treibt Tränen in die Augen und erzählt doch von mutigen, selbstbewussten Mädchen. ■

Buch

Thon, Melanie R. Das zweite Gesicht des Mondes. Rowohlt Verlag 1999.

432 S. Fr. 39.00

Chraïbi, Driss: Inspektor Ali im Trinity College. Unionsverlag. 160 S. Fr. 24.00

Kästner, Erich: Das doppelte Lottchen. Dressler Verlag. ca. 120 S. Fr. 17.00

«**No Hess, no fun!**» sagte sich CVP-Karrierefrau Edith Hotz und blieb, das Böse ahnend, am Tag der Bundesratswahl vorsichtshalber zuhause. Hess bleibt Nationalrat und Hotz bleibt in Zug.

«**No Hess, much fun!**» sagte sich Gewerbeverbandssekretärin und stramm bürgerliche FDP-Wirtschaftsfrau Andrea Hodel, nachdem Büropartnerin Hotz in Zug sitzen bleibt: «Jetzt kann ich nach Bern!» Stimmt: wenn Metzler in den Bundesrat darf, kann Hodel auch nach Bern.

Ö

«Wieder Hess – und vielleicht Fusco?» In die stille Genugtuung nicht weniger CVP-Würdenträger über den Verzicht der Karrierefrau und Nicht-Parteibüffelin Edith Hotz auf eine Nationalratskandidatur mischt sich ein Wermutstropfen: gesucht werden nun zwei Freiwillige – davon einer weiblich –, die bereit sind, neben dem zu erwartenden Glanzresultat von Hess zu verblasen.

Vielleicht opfert sich F.R. Fusco. Nach seinem (Alb)traumresultat bei den Unterägerer Kantonsratswahlen im letzten Herbst wäre dann der Weg frei für die CVP-Traumliste der Linken: Hess, Fusco und Fusca.

Denn es dürfte ja für die gentech-begeisterte CVP (das P steht bekanntlich nicht für "der Schöpfung verpflichtete Partei", sondern innerhalb des Kontexts "Carriern, Vetterliwirtschaft und Pfründen") kein Problem sein, ihren Parteipräsidenten Fusco ins andere Geschlecht zu klonen.

Wenn es mit dem Klonen nicht klappen sollte, bleibt für die kampferprobte CVP-Führung immer noch ein anderes bewährtes Rezept: die Änderung des Wahlgesetzes, da-

mit Hess dreimal kumuliert werden kann.

So wäre der CVP-Nationalratsitz bis ins Jahr 2011 gesichert. Spätestens dann wird die CVP ja sowieso mit der FDP fusioniert. Was wiederum für eine Kandidatur Fusco spricht: der CVP-Präsident war anfangs der 90er-Jahre nämlich noch Mitglied bei den Jungliberalen.

Ö

Solche Probleme hat die Linke nicht – nach seinem mutigen Hess-Ausbremsen dürfte SP-Nationalrat Armin Jans zwar von linksgrün noch geschlossener als sowieso schon gewählt und kumuliert werden, aber mit den bürgerlichen persönlichen Zusatzstimmen könnte es schwieriger werden. Immerhin: dann fallen seine beiden Listenschpäpli etwas weniger ab (!)

Ö

Abgefallen, respektive ausgerutscht ist die "Zuger Presse". Vor lauter Jubel und lokalpatriotischem Getue über «unseren» Bundesrat Hess gabs nach dem Nichtwahl-Tag keinen Platz für kritische Gedanken oder Kommentare. Föteli von "keep-smiling"-Hess mit Parteifreunden/Familie/Skulpturengarten/Familie – Chefreporter Rupy lief zur Hochform auf und lieferte Homestories bis zum Abwinken. Eine Umbenennung der Zeitung in «Hessisches Amtsblatt» wird an der Poststrasse zurzeit intensiv geprüft.

Ö

Für den Nationalrat zählt auch internationale Erfahrung: da drängt sich die parteilose, 1998 auf der SGA/SP-Kantonsratsliste kandidierende Baarerin (und Assyrerin) Hülya Gabriel nach ihrem Auftritt

beim kurdischen Sender Med-TV in Brüssel auf: «SGA Switzerland» flimmerte international über die Röhren – gebt den KurdInnen und überhaupt den AusländerInnen endlich das Wahlrecht!

Ö

Noch wenig Erfahrung hat die neue Alternative Fraktion. Oder war es Denkmalschutz, dass die AF es der SVP überlassen hat, in einer Interpellation kritische Fragen zur plötzlichen Freistellung der Chefin des Kantonalen Amtes für Ausländerfragen, Esther Meyer-Steigmeier, zu stellen? Oder haperte die Kommunikation zwischen Meyers Chef und den AFs?

Ö

Kein Putsch im Bauamt: die Übernahme durch Toni Gügler erfolgte im legalen Rahmen der Ämterneuverteilung im Stadtrat. Während seinem Vorgänger Eusebius Spescha nun die von Parteikollege Romer hinterlassenen Altersheim-Minen um die Ohren fliegen, möchte der immer noch als kantonaler Obersparer (Stawiko-Präsident im Kantonsrat) fungierende Gügler im Stadtrat zum grosszügigen Bauherrn mutieren. Zitat aus dem GGR: «Sparen ist die Kunst, am richtigen Ort grosszügig zu sein!». Am richtigen Ort!

Ö

«Der Kapitän steigt um aufs Ruderboot». So betitelte die "Zuger Presse" einen umfangreichen Rückblick auf Ex-Stadtpräsident und Noch-Waldheim-Stiftungsratspräsident Othmar Romers politische Tätigkeit. Ein Namensvorschlag für das Ruderboot: «Titanic». Als Ruderpartner sähen wir Hans Opprecht.

veranstaltungen

April

- Do 1:** **«Le monde qui parle»: Café-Salon**
17 – 23 Uhr in der Industrie 45 Zug
alle vierzehn Tage gleiche Zeit gleicher Ort
- Fr 16:** **SGA Kanton Zug: Jahresversammlung**
18.30 im Restaurant du théâtre, Zug. Anschliessend Znacht.
- «Frau und Menstruation»: Öffentlicher Vortrag**
19.30 in der Stadt- und Kantonsbibliothek Zug, 3. Stock
Anmeldung: Frauengesundheitszentrum Zug, Tel. 760 36 44
- Sa 17:** **«Frau und Wechseljahre»: Workshop**
9 – 16 Uhr, ZALT vis à vis EPA
Anmeldung: Frauengesundheitszentrum Zug, Tel. 760 36 44
- So 18:** **Ersatzwahl Kantonsgericht: Stephan Scherer wählen!**
- Di 20:** **Asylbrücke-Höck mit Znacht bei C. Mayinger, O'ägeri**
Ca. 18 – 23.30. Anmeldung: Tel. 750 61 77
- Do 22:** **LesBiSchwul! Lesbisch-schwuler Treff**
ab 19 Uhr Rest. Taube, Sali,
- Migrantinnen-Treff Int. Frauen-Kontakt-Gruppe Zug**
18 – 20 Uhr, Ref. Kirchgemeindehaus, Bundesstrasse 15, Zug
- Sa 24:** **Standaktion: Sammeln für «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus»**
9 – 16 Uhr Bundesplatz Zug
- Rotgrüne Wanderung auf den Wildspitz**
(mit Übernachtung)
- Do 29:** **Monatsbar der SGA.**
18.30 – 23.30 in der Cafeteria des ZALT vis à vis EPA
- Fr 30:** **SGA Stadt Zug: Jahresversammlung im ZALT vis à vis EPA**
18.00 Apéro, 18.30 Referat von Oskar Berchtold, Leiter Sozialamt Kt. Zug: "Strukturen der öffentlichen und privaten Sozialhilfe im Kt. Zug". ca. 20.30 chinesisches Znacht

Mai

- Sa 1:** **1. Mai-Kundgebung.**
ab 15 Uhr bis ca. 18 Uhr, Landsgemeindeplatz „unter den Linden« mit Reden, Musik und Essen
- Sa 8:** **«Lust auf Stadtbahn - Fest» für die Bevölkerung**
9:00 - 18:00 Uhr Attraktionen und die Möglichkeit, mit den Stadtbahnkompositionen Probefahrten zu unternehmen.
- Di 25:** **Migrantinnen-Treff Int. Frauen-Kontakt-Gruppe Zug**
18 – 20 Uhr, Ref. Kirchgemeindehaus, Bundesstrasse 15, Zug
- Do 27:** **Monatsbar der SGA.**
18.30 – 23.30 in der Cafeteria des ZALT vis à vis EPA
- Sa 29:** **Standaktion: Sammeln für «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus»**
Bundesplatz Zug 9 – 16 Uhr

Juni

- Mo 31 - 5. Juni** **Velo-Alltag-Woche mit diversen Aktivitäten.**
Bitte sich in der Tagespresse informieren
- Mi 9:** **Asylbrücke-Höck mit Znacht bei C. Mayinger, O'ägeri**
ca. 18 – 23.30. Anmeldung: Tel. 750 61 77
- Do 24:** **Monatsbar der SGA**
18.30 – 22.30 in der Cafeteria des ZALT vis à vis EPA
- LesBiSchwul! Lesbisch-schwuler Treff**
19 Uhr Rest. Taube, Sali

AZB 6304 Zug
Adressänderungen und Retouren an SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

Rotgrün wandert! 24.-25. April 1999

Seid dabei, wenn Anita Stadler (SGA-Gemeinderätin) und Martin B. Lehmann (Präsident SP-Unterägeri) in den roten Socken den Wildspitz erklimmen!

Eine etwas andere Wanderung, die am Samstagnachmittag startet, abends bei der berühmten Wildspitz-Röschti kulminiert – es wird nicht vorher kollabiert! – und beim Berg-Frühstück am nächsten Morgen ihren Abschluss findet. Mit etwas Glück kann die restauranteigene Photovoltaik-Anlage besichtigt werden!

Zeit und Ort des Aufbruchs waren bei Redaktionsschluss noch unklar, können aber dem Amtsblatt entnommen oder bei Anita Stadler (711 47 85) erfragt werden.